

ENERGIE

Folgenreiche Explosion

Nach dem Gasstreit mit der Ukraine im Winter versucht Moskau nun gleich an mehreren Fronten, die Regeln im Energiegeschäft zu ändern. Bei seiner Visite in Finnland kündigte Präsident Dmitrij Medwedew vorige Woche einen Gegenschritt zur europäischen Energiecharta an. Künftig sollten allein Lieferanten und Verbraucher den Energietransport kontrollieren und so die Transitstaaten „als selbständige Spieler ausschalten“, sagt einer der Autoren. Der Vorstoß zielt auf die Ukraine: Die Russen wollen Kiews Hoheit über sein Pipelinennetz untergraben und selbst die Stränge in die Hand bekommen. Ein Ende März von der EU eingefädelter Deal, das Leitungsnetz zusammen mit den Ukrainern zu modernisieren, löste in Moskau Empörung aus.

Gleichzeitig eskaliert Moskaus Energiestreit mit Turkmenistan, dem neben Russland größten Gasproduzenten der Region für den europäischen Energiemarkt. Eine Explosion in dem zentralasiatischen Staat legte die wichtigste Pipeline Richtung Russland lahm. Die Turkmenen geben Gazprom die Schuld dafür: Der russische Konzern habe schlagartig kaum noch Gas aus der Röhre entnommen und so die Havarie herbeigeführt. Andere reden in Aschgabad von Moskauer Rache, weil Turkmenistan eine wichtige „Ost-West“-Pipeline zum Kaspischen Meer international ausschreiben lassen wolle. Tatsächlich hatte Gazprom wegen krisenbedingter sinkender Nachfrage die Förderung auf russischen Gasfeldern erheblich drosseln müssen. Gleichzeitig aber ist Moskau vertraglich an die Abnahme teureren turkmenischen Gases gebunden. Die zerstörte turkmenische Pipeline liefert Gazprom nun den Vorwand, die eigene Produktion wieder hochzufahren.

Ob die Freude darüber lange anhält, wird von unabhängigen Experten in Moskau indes bezweifelt: Aschgabad werde für sein Gas nun Abnehmer im Westen suchen. Der will seine Abhängigkeit von Moskau verringern und umwirbt das Wüstenland seit langem. Hochrangige Delegationen aus Washington und Seoul waren gerade erst in Turkmenistan. Kurz zuvor bekam der deutsche RWE-Konzern den Zuschlag, Erdgasfelder im turkmenischen Teil des Kaspischen Meeres zu erkunden. „Turkmenistan muss ein neues System der Beziehungen zu Europa schaffen“, bekräftigte Präsident Gurbanguly Berdimuchammedow.



Pipeline in Turkmenistan

Medwedew

ENTFÜHRUNGEN

Deal mit al-Qaida

Im Gegenzug für die Freilassung der deutschen Geisel Marianne P. sowie dreier anderer Gefangener haben maliische Behörden offenbar einen lokalen Anführer des Terrornetzwerks al-Qaida aus dem Gefängnis entlassen und den Entführern Geld gezahlt. Der Deal wurde ohne Beteiligung des Berliner Krisenstabs ausgehandelt. Marianne P. war im Januar im Grenzgebiet zwischen Mali und Niger in Nordwestafrika ge-

meinsam mit drei weiteren Mitgliedern ihrer Reisegruppe verschleppt worden. Im Februar hatte sich eine regionale Qaida-Filiale zu der Geiselnahme bekannt. Über einen eigenen Kanal hatte auch der Krisenstab im Auswärtigen Amt mit dem Terrornetzwerk über eine Freilassung der 78-Jährigen aus dem hessischen Mühlthal verhandelt. Die ehemalige Lehrerin kam Mitte voriger Woche zusammen mit zwei bereits im Dezember verschleppten kanadischen Diplomaten und einer Schweizerin frei. Zwei Geiseln blieben offenbar in der Hand der Terroristen.

KOLUMBIEN

Teure Bananen

Fragwürdige Zahlungen an kolumbianische Terrororganisationen, insbesondere an die Farc-Guerilla, könnten den Bananenkonzern Chiquita jetzt teuer zu stehen kommen. Angehörige



Bananenarbeiter in Turbo

von fünf christlichen Missionaren, die von Farc-Kämpfern entführt und ermordet wurden, klagen vor einem Bezirksgericht in Florida gegen den US-Multi auf Entschädigung. Hintergrund des Zivilstreits sind dubiose Verbindungen der ehemaligen kolumbianischen Chiquita-Tochter Banadex zu mehreren rechten wie linken Widerstandsgruppen. Diese hatte zwischen 1989 und 1997 regelmäßig sogenannte „Kriegssteuern“ an die Farc abgeführt, stellte 2007 bereits ein anderes US-Gericht fest. Der Konzern einigte sich mit der Staatsanwaltschaft auf ein Strafgeld von 25 Millionen US-Dollar. Die Farc sollen „festgelegte monatliche Zahlungen“ zwischen 20 000 und 100 000 US-Dollar von Banadex erhalten haben, die sich je nach Umsatz „schrittweise steigern“. Die Firma, die 2004 von Chiquita verkauft wurde, soll die Farc sogar mit Waffen und Munition versorgt und von Geiselnahmen gewusst haben. „Seine Verantwortung für die Unterstützung der Terroristengruppen hat Chiquita nie völlig akzeptiert“, kritisiert Opferanwalt Gary Osen aus New Jersey nun. Das Unternehmen betont, es sei „zu den Erpressungszahlungen gezwungen worden, um Leben und Sicherheit unserer Angestellten zu schützen“. Anfang 1993 hatten Farc-Kämpfer zunächst die amerikanischen Prediger Mark Rich, Charles David Mankins und Richard Lee Teneoff gekidnappt und vergeblich fünf Millionen Dollar Lösegeld gefordert. Daraufhin wurden die drei im Juni 1996 von ihren Entführern getötet. Ähnlich erging es zwei weiteren Missionaren.